



## Umwelt-, Energie- und Verkehrspolitik

### U 1 – Bundesvorstand

# Nachhaltig in die Zukunft

Wir Jusos betrachten Klimawandel und Umweltschutz nicht als von anderen Politikfeldern getrennte Themen. Neben dem Schutz unserer Erde, unseres Lebensraumes und der knapper werdenden Ressourcen geht es für uns auch ganz explizit um die Einbettung von klima-, energie- und umweltpolitischen Maßnahmen in eine nachhaltige, zukunftsorientierte Industriepolitik. Ohne diese Herangehensweise sind notwendige, tiefgreifende Veränderungen der Energiewirtschaft und der Industrielandschaft nicht vermittelbar. Eine besondere Bedeutung kommt dabei dem Aspekt der ökologischen Gerechtigkeit zu. Von der kommunalen über die staatliche bis hin zur globalen Ebene bedeutet dies, dass bei allen klima-, energie- und umweltpolitischen Forderungen die soziale Gerechtigkeit nicht vergessen werden darf.

Wir wollen beweisen, dass Klima- und Umweltpolitik nicht im Gegensatz zu Wirtschafts- und Industriepolitik steht. Dem Vorurteil, dass eine ökologische Politik beschäftigungsfeindlich ist, setzen wir den Ansatz „Klimawandel, Energiewirtschaft und ökologische Industriepolitik“ entgegen. Wir sind keine Umweltbewegung, und wir sind keine Industrielobbyisten. Wir sind die politische Jugendorganisation, die sich mit einem integrierten Konzept für einen zukunftssicheren Umbau der Energiewirtschaft und eine nachhaltige ökologische Industriepolitik einsetzt. Nur so können wir soziale Sicherheit, wirtschaftlichen Erfolg und den Schutz unser natürlichen Lebensgrundlagen erreichen.

### „Agenda 21- der Kampf geht weiter“

1992 unterzeichneten 172 Staaten bereits ein Abkommen zur Entwicklungs- und Umweltpolitik, welches als Agenda 21 in die Geschichte einging. Dabei ist den auch geblieben, eine internationale Absichtserklärung von Vorbildcharakter (neben ökologischen Standards sind auch herausgehende soziale Standards definiert) die von keinem der unterzeichneten Staaten

wirklich umgesetzt wurde.

In diesem Zusammenhang seien lobenderweise die local-action, agenda 21-Gruppen erwähnt, die sich zum Ziel gesetzt haben die Ziele der Agenda21 wirkungsvoll im privaten und kommunalen Umfeld (umfassendes Fair-Trade-Versorgung, Vermeidung von Flächenversiegelung etc.) zu erfüllen.

Natürlich haben auch wir große Kritik an den Teilen der Agenda 21 (Befürworter der Gentechnik und der Atomenergie), aber es gilt mehr als dringend die positiven Aspekte der Agenda21 endlich umzusetzen. Hierbei müssen wir der gesamten Bundesrepublik, sowie auch den linken Parteien ein sehr schlechtes Zeugnis ausstellen.

## **Der globale Klimawandel**

Der Klimawandel ist in den vergangenen Jahren auf allen Ebenen der Politik auf die Agenda gekommen. Die aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnisse zum globalen Klimawandel, die eine deutliche Zunahme extremer Wetterereignisse, die Zerstörung von Ökosystemen, ein Anstieg des Meeresspiegels, Dürren durch die Verknappung von Süßwasser und Hungersnöte sowie riesige Flüchtlingsströme prognostizieren, sind im IPCC-Bericht der Vereinten Nationen deutlich geworden. Dies macht Maßnahmen, die einen Anstieg der Temperatur um maximal 2°C begrenzen, notwendig.

Unter den ersten Auswirkungen mussten schon viele Menschen leiden, und viele werden folgen. Selbst mit größten Anstrengungen ist eine Umkehr dieser Entwicklung unwahrscheinlich. Aber einem weiteren Anstieg kann noch entgegengewirkt werden. Die zunehmenden Naturkatastrophen und die Verödung vormals fruchtbarer Flächen treffen vor allem die Regionen, die am wenigsten zur Verursachung des Klimawandels beigetragen haben. Der Prozess beschleunigt sich durch die industrielle Aufholjagd immer weiterer Volkswirtschaften. Der Klimawandel ist aber nicht die einzige Folge 150-jähriger industrieller Ausbeutung der Natur. Neben Umweltverschmutzung und Artensterben werden für immer mehr Menschen der schrumpfende Fischbestand und eine Verknappung des Frischwassers zum existenziellen Problem. Auch die Pro-Kopf Emissionen verschiedener Länder zeigen deutlich, dass die Industriestaaten verpflichtet sind, sehr weitgehende Klimaschutzanstrengungen zu unternehmen, bevor sie Ähnliches von den Entwicklungsländern fordern können. Der Klimaschutz ist also eine globale Aufgabe, dessen Motor Europa sein sollte. In den westlichen Industriestaaten sind diese Auswirkungen noch kaum zu spüren. Hier sind die Menschen vor allem durch steigende Energie-, Nahrungs- und Rohstoffpreise betroffen.

Das Klima schützen zu wollen, ist dabei mittlerweile zum Standardschlagwort im Programm aller deutschen Parteien geworden. Oft wird dahinter aber nur altbekannte Interessenpolitik

versteckt. Nirgends wird dies so deutlich wie beim Atomenergiefetischismus der Union. Symbolpolitik hilft jedoch nicht weiter. Wir brauchen ein wirkliches Umdenken in der Ausgestaltung unserer Gesellschaft. Wir brauchen den Wandel zu einer nachhaltigen Industriepolitik und zum sparsamen Umgang mit natürlichen Ressourcen.

Nachhaltigkeit heißt für uns Jusos, Wohlstandsmehrung ökologisch verträglich und sozial gerecht zu gestalten.

Ein grundsätzlicher Wandel wird nur bei Erhalt und Ausbau des Wohlstandes gelingen. Nachhaltige Politik kann nur erfolgreich sein, wenn sie nicht gegen die Interessen der Menschen wirkt. Alle Menschen haben das Recht auf Zugang zu Energie und Ressourcen, es darf nicht darum gehen, Menschen auszuschließen, sondern Möglichkeiten und Anreize für einen nachhaltigeren Umgang mit Ressourcen zu schaffen. Alle Menschen haben aber auch die Aufgabe, ihren persönlichen Lebensstil in Bezug auf Mobilität, Bauen und Wohnen, Konsum und VerbraucherInnenverhalten im Hinblick auf Klima- und Umweltschutz zu überprüfen. Alle Klimaschutzmaßnahmen würden wenig Effekt erzielen, wenn nicht die gesamte Gesellschaft einen aktiven Beitrag leistet. Dem Staat kommt in diesem Zusammenhang die Verpflichtung zu, den Menschen in diesem Land entsprechende Alternativen aufzuzeigen und diese aktiv zu fördern. Das Ziel ist eine klima- und umweltschonende Gesellschaft, in der der bisherige Lebensstandard für alle Menschen erhalten und ausgebaut werden kann.

Dem Klimawandel kann wirklich konsequent jedoch nur begegnet werden, wenn eine Umstellung der Lebens- und Produktionsweise Hand in Hand mit konsequentem technologischem Fortschritt geht. Wir wollen eine nachhaltige Wirtschaftspolitik und ökologische Weiterentwicklung der Industrie. Ökologie und Ökonomie sind keine Gegensätze. Wir brauchen einen nachhaltigen Energiewandel mit realistischem Übergang, in dem gewährleistet ist, dass die nötige Energie für Private und Unternehmen konstant zur Verfügung steht. Aktive Klima- und Umweltpolitik bringt neue Arbeitsplätze.

Die Herausforderungen des Klimawandels können nur global gelöst werden. Deutschland und Europa müssen dabei die Vorreiterrolle einnehmen und immer neue Initiativen starten, nachhaltiges Wirtschaften voranzutreiben und andere Regionen daran teilhaben zu lassen.

## **Klimawandel global bekämpfen**

Wenn der Klimawandel wirksam bekämpft werden soll, geht dies nur international. Auf dem Weg zu internationalen Vereinbarungen gilt es, möglichst viele Staaten und vor allem die Hauptverursacher der Veränderungsprozesse einzubinden und klimawirksame Ergebnisse zu

vereinbaren. Die Einhaltung dieser Vereinbarungen sind aber nie die Grenze des Machbaren, sie sind lediglich Mindestverpflichtungen, die es nicht nur zu erreichen, sondern größtmöglich zu übertreffen gilt.

Auf dem UN-Gipfel in Rio de Janeiro 1992 wurde mit der Klimarahmenkonvention der erste wichtige Schritt hin zu internationalen Vereinbarungen zum Klimaschutz vollzogen. Das Kyoto-Protokoll sollte 1997 die Industriestaaten zur Reduktion ihres CO<sub>2</sub>- und Methanausstoßes verpflichten. Dies trat jedoch erst 2005 in Kraft, als ausreichend Staaten dieses ratifiziert hatten. Bisher gibt es noch keine Nachfolgeregelung für die nach 2012 auslaufenden Verpflichtungen des Kyoto-Protokolls. Eine verbindliche völkerrechtliche Vereinbarung für die Intensivierung nach 2012 ist bei der Bekämpfung des Klimawandels unerlässlich. Dabei kann ein bloßes Ausweiten des Emissionshandels nicht genügen. Vielmehr gilt es weitere Reduktionsverpflichtungen zu erzielen. Die Jusos fordern die Bundesregierung auf, sich bei der nächsten Klimakonferenz im Dezember diesen Jahres in Posen, sowie 2009 in Kopenhagen, für das Zustandekommen eines Post-Kyoto-Protokolls mit verbindlichen, verschärften Treibhausgasreduktionszielen und einen Sanktionskatalog einzusetzen!

Neben der nachhaltigen Umgestaltung der westlichen Industriestaaten ist die größte Herausforderung, die Bedürfnisse aufstrebender Wirtschaftsregionen mit dem Klimaschutz zu verbinden. Wenn diese Regionen durch Klimaschutzvereinbarungen ihr Wachstumspotential gefährdet sehen, werden sie sich erst gar nicht am Klimaschutz beteiligen.

Die Voraussetzungen für eine wirksame Bekämpfung des Klimawandels müssen daher in den Industriestaaten geschaffen werden. Sie müssen Vorreiter bei der Verminderung von Emissionen sein. Dies heißt, Vereinbarungen auch im kleineren Rahmen zu schließen, die über die bestehenden Verpflichtungen hinausgehen; dabei ist insbesondere die Europäische Union gefordert. Dies wird nur durch Innovationen und neue technische Möglichkeiten der Energiegewinnung und Produktion gelingen. Diese neuen Technologien müssen auch allen anderen Staaten zur Verfügung stehen. Es nützt nichts, wenn die hier durch Windräder ersetzten alten Kraftwerke anderswo wieder aufgebaut werden. Der Technologietransfer muss gefördert werden.

Von den durch den Klimawandel verursachten Katastrophen sind insbesondere jene Regionen betroffen, die kaum zum Klimawandel beigetragen haben und oft nicht die Mittel haben, die Folgen abzumildern. Deshalb fordern wir die Einrichtung eines internationalen Klimakatastrophenfonds', der unter dem Dach der UN organisiert werden soll. Die Mittel des Fonds' haben die Verursacher aufzubringen. Dies bedeutet eine Aufteilung der nötigen Mittel

proportional zu den Emissionen der Vergangenheit.

## **Deutschland und Europa als Vorbilder**

Klimawandel kann man nicht durch Appelle bekämpfen. Eine Lösung ist es weder, auf diejenigen zu hoffen, die sich Klimafreundlichkeit leisten können, noch an diejenigen vom technologischen Fortschritt, Kulturgütern oder Mobilität auszuschließen, die es sich nicht leisten können.

Wir unterstützen daher die Absichten der Bundesregierung und der EU den CO<sub>2</sub>-Ausstoss drastisch zu reduzieren. Dies ist notwendig, um die Erwärmungsobergrenze von 2° Celsius nicht zu überschreiten. Eine europaweite CO<sub>2</sub>-Reduktion um 30% bis 2020 und eine weitere Reduktion um 60 – 80% bis 2050 ist alternativlos und sollte von Deutschland auf allen politischen und wirtschaftlichen Ebenen unterstützt werden. Wir fordern darüber hinaus, dass diese Ziele, soweit technisch möglich, noch weiter verschärft werden. Deutschlandweit sollen alle Kommunen und Wirtschaftsbetriebe im Rahmen ihrer Möglichkeiten hierzu einen substanziellen Beitrag leisten. Die öffentliche Hand sollte hierbei, bspw. bei der Modernisierung der Liegenschaften und Fuhrparks, eine Vorbildrolle übernehmen.

Die Teilhabe aller Menschen an Mobilität und insgesamt dem erreichten Lebensstandard muss gewährleistet bleiben, schon bestehender Ausschluss – gerade von Menschen in den Ländern des Südens – muss überwunden werden. Dort, wo Preiserhöhungen aus Umweltvorschriften nicht zu vermeiden sind – zum Beispiel im Zuge des CO<sub>2</sub>-Emissionshandels oder auch durch Effizienzvorgaben für bestimmte Produkte – ist ein entsprechender sozialer Ausgleich vorzusehen. Dies ist grundsätzlich besser möglich, wenn das Ordnungsrecht und nicht Marktmechanismen oder Lenkungssteuern zur ökologischen Fortentwicklung genutzt werden

Eine sinnvolle Möglichkeit zur Sicherstellung von Zugang zu Elektrizität und Wärme für alle Bürgerinnen und Bürger ist die Einführung eines Energieeffizienztarifs. Dieser beinhaltet die Sicherung der Grundversorgung in Höhe von 500 kwh pro Kopf und Jahr zu einem sozial verträglichen Fixpreis. Der darüber hinaus gehende Energieverbrauch würde dann im Rahmen eines solchen Tarifs progressiv ansteigen. Im Ergebnis wäre die Grundversorgung für alle gesichert, und gleichzeitig wäre ein starker Anreiz für Energieeffizienz gegeben. Zur Anbietung eines solchen Tarifs müssen sowohl die privaten als auch die kommunalen Energieversorger gesetzlich verpflichtet werden.

Wir wollen den technologischen Fortschritt zum Wohle der Menschheit nutzen. Wir müssen Konzepte dafür entwickeln, wie Technologie nicht nur kurzfristigen Profiten nutzt, sondern

vernünftig, energieschonend sowie den Lebensstandard erhaltend und ausbauend zum Einsatz kommen kann. Dabei reicht es aber nicht, darauf zu warten, bis die Industrie von sich aus sinnvolle Fortschritte erreicht. Außerdem ist technologischer Fortschritt nicht per se positiv, alle Erneuerungen gilt es auch auf ihre Gefahren hin zu überprüfen und zu bewerten.

## **Nachhaltige Industriepolitik und Effizienzsteigerung**

Auf Wachstum und Wohlstand können und wollen wir nicht verzichten. Deshalb muss das Ziel verfolgt werden, Wachstum vom Energie- und Ressourcenverbrauch so weit wie möglich zu entkoppeln. Ein Rückbau der Industriegesellschaft ist dabei jedoch der falsche Weg. Ökologische Industriepolitik stellt für uns einen richtigen Ansatz dar. Neben der kontinuierlichen Modernisierung bestehender Wirtschaftszweige müssen zusätzliche fortschrittliche Technologien von staatlicher Seite aktiv gefördert werden. Die Rolle des Staates als Pionier ist hierbei von entscheidender Bedeutung.

Ein wichtiger Schritt zur Bekämpfung des Klimawandels ist es, die Energieeffizienz in allen Bereichen immer weiter zu erhöhen. Neben mehr Forschungsförderung müssen Ausbildungs- und Studienmöglichkeiten in diesen Bereichen ausgebaut werden. Innovationen sind der Schlüssel zu mehr Energieeffizienz, dafür werden staatliche Investitionen in Forschung nicht ausreichen. Ein wirkliches Umsteuern zu einem nachhaltigen Wirtschaften wird es nur geben, wenn die Unternehmen in die Pflicht genommen werden, bei ihren Produkten auf niedrigeren Verbrauch und nachwachsende Rohstoffe zu setzen. Ein gutes Instrument ist hierfür ein umfassendes Top-Runner-Programm nach japanischem Vorbild. Das Programm sieht einen maximalen Energieverbrauch von Produkten bis zu einem bestimmten Zieljahr vor. Als Grundlage stützt man sich auf die zu dieser Zeit mit marktgängiger Technologie erreichbaren Energieverbräuche von Elektrogeräten.

Wir wollen den Emissionshandel ausbauen. Gemäß den technischen Möglichkeiten sollen die Zertifikate weiter verknappt und damit weitere Emissionseinsparungen ermöglicht werden. Damit werden Investitionen und Innovationen in die Vermeidung von Emissionen durch wirtschaftliche Anreize belohnt.

Die bisherige Ausgestaltung des Emissionshandels hat zu erheblichen Zusatzgewinnen insbesondere bei den Unternehmen der Energiewirtschaft und gleichzeitig zu erheblichen Preissteigerungen geführt. Wir wollen daher von der bisherigen kostenlosen Vergabe der Emissionsrechte zu einer Vollversteigerung übergehen. Dadurch werden die Zusatzgewinne abgeschöpft, ohne dass es zu weiteren Preissteigerungen kommt. Die erzielten Einnahmen aus der Vollversteigerung sollen dazu genutzt werden, die sozialen Folgewirkungen der durch den

Emissionshandel bedingten Preissteigerungen abzufedern. Besonderes Augenmerk ist dabei auf ALG-II-BezieherInnen, GeringverdienerInnen, BezieherInnen von niedrigen Renten oder anderer Sozialleistungen zu legen. Diese Gruppen können häufig die Anschaffung von modernen, energie- und damit kostensparenden Geräten nicht finanzieren und sind so von steigenden Energiepreisen besonders betroffen.

Die Gesamtmenge der jährlich zur Verfügung stehenden Treibhausgasemissionen darf nicht ansteigen, sondern muss kontinuierlich sinken. Dieses System ist verbindlich und muss bei Missachtung zu Sanktionen führen. Das Grundprinzip ist dabei, dass jedes Unternehmen verpflichtet ist, für die gesamten Emissionen seiner Anlage Emissionszertifikate zu besitzen. Diese werden staatlich zugeteilt. Der Faktor wird in den kommenden Jahren weiter verringert. Das heißt, Unternehmen erhalten für ihre Emissionsmengen nicht mehr die entsprechende Anzahl an Zertifikaten kostenlos zugeteilt, sondern eine geringere Anzahl. Die Unternehmen stehen dann vor der Wahl, entweder zusätzliche Zertifikate zu kaufen oder in neue Technologie zu investieren, um Emissionen einzusparen und keine zusätzlichen Zertifikate kaufen zu müssen. Emissioniert ein Unternehmen weniger, so dass es überschüssige Zertifikate besitzt, dürfen diese gehandelt werden. Dadurch wird ein hoher Investitionsanreiz gesetzt. Der Emissionshandel befördert gleichzeitig die Entwicklung neuer Technologien. In der zukünftigen Wirtschaftswelt, in der CO<sub>2</sub>-Emittenten höhere Produktionskosten für die CO<sub>2</sub>-intensive Wertschöpfung in Kauf nehmen müssen, werden nur die Unternehmen bestehen können die auf energieeffiziente Produktionswege setzen um ihre Waren zu erzeugen. Diese Güter werden Absatzmärkte finden, wenn sie einen möglichst geringen CO<sub>2</sub>-Fußabdruck (engl. Carbon Footprint) aufweisen und somit günstiger werden.

Hierbei muss Deutschland eine Vorreiterrolle übernehmen und die bereits erreichten Erfolge im Aufbau einer EE-Industrie verstetigen. Schon heute arbeiten landesweit mehr als 250.000 Menschen direkt oder indirekt in der Branche der Erneuerbaren Energien. Bis 2020 kann diese Zahl aufgrund der nationalen und im Besonderen der internationalen Nachfrage nach innovativen deutschen EE-Produkten auf bis zu 500.000 Beschäftigte steigen. Das weltweite Umsatzpotenzial für EE-Produkte im Jahr 2020 liegt nach Schätzung des DIW bei knapp 300 Mrd. Euro. Durch seine schon jetzt gute Positionierung in dieser Branche wird die deutsche EE-Industrie von dieser Entwicklung entscheidend profitieren. Neben der Maschinenbau-, Stahl-, Automobil- und Chemiebranche etabliert sich die EE-Wirtschaft als neue Säule der deutschen Industriepolitik. Diese Entwicklung begrüßen wir und fordern eine größtmögliche Förderung dieser zukunftsfähigen Branche.

Weitere Bereiche in denen Deutschland bereits heute an vorderster Stelle im Bereich der effizienten ökologischen Industrie forscht und produziert sind:

- Energieeffizienztechnologien
- Recycling- und Abfalltechnologien
- Mobilität- und Verkehrstechnologien
- Wasser- und Abwassertechnologien
- Umwelttechnisches Engineering/Grüne Anlagentechnik
- Life Science/weiße Biotechnologie
- Nanotechnologie
- Ökodesign, Bioplastik und Bioraffinerie

Viel Energie kann auch in Privathaushalten eingespart oder durch regenerative Energiequellen selbst erzeugt werden. Hier werden enorme Potenziale noch nicht genutzt. Durch Sanierungen lassen sich über 50 Prozent davon einsparen. Aufklärungskampagnen zur Energie- und Wasserverbrauchsoptimierung sind ein sinnvoller Schritt, um ein ökologisches Bewusstsein in der Bevölkerung zu wecken. Um dieses zu beschleunigen, müssen die Förderprogramme zum Aufbau von Photovoltaikanlagen und zur energetischen Gebäudesanierung fortgeführt und ausgebaut werden. Dies sind vor allem Maßnahmen, bei denen Bund, Länder und Kommunen als Vorbilder vorangehen müssen. Um dieses allen Kommunen zu ermöglichen, ist ein gesondertes Förderprogramm notwendig. Ergänzend sollten gesetzliche bzw. satzungstechnische Regelungen nach dem Marburger Modell (oder ggf. in einer abgewandelten Version, wenn dieses juristisch in der konkreten Form nicht möglich ist) in Angriff genommen werden. In der Marburger Satzung ist vorgesehen, dass ab dem 1. Oktober 2008 alle Neubauten mit Sonnenkollektoren ausgestattet werden müssen. Bei bereits bestehenden Gebäuden ergibt sich diese Pflicht bei einem Anbau bzw. spätestens mit Austausch der Heizungsanlage bzw. einem neu gedeckten Dach. Diese zwingende Regelung, die das Werben für ein umweltfreundliches Verbraucherverhalten fankieren soll, ist das richtige Mittel ein Umdenken zu beschleunigen.

Oft sind die energiesparsamsten Produkte teurer als andere Modelle. Auch wenn diese im Laufe ihres Gebrauchs Energiekosten einsparen, bleibt der Anschaffungspreis für viele Verbraucher die entscheidende Größe.

Ökologische Forschungs- und Industriepolitik muss eine neue gesamtgesellschaftliche Anstrengung werden. Dazu ist eine intensive Bildung und Ausbildung weiter Bevölkerungsteile in diesem Bereich von Nöten. An Schulen, Berufsschulen, Fachhochschulen und Universitäten müssen das Wissen und die Erforschung dieser Wissens- und Produktionsfelder entscheidend verbessert werden. Dort muss auch das Klimabewusstsein und das Bekenntnis zu Energieeffizienz gelehrt werden.

## **Nachhaltige Energieerzeugung**

Energie ist die Grundvoraussetzung moderner Gesellschaften. Wir stehen bei der Stromgewinnung für einen umfassenden Wandel zu regenerativen Energien. Wenn die genannten Ziele bei der Bekämpfung des Klimawandels erreicht werden sollen, bedarf es großer Anstrengungen. Der großflächige Umbau der Energiewirtschaft hat bereits begonnen: 2007 wurden 14,2% des deutschen Stroms aus Wind, Wasser und Sonne gewonnen. Die Bundesregierung hat die Vorgabe gegeben den Anteil bis 2020 auf 30 Prozent aufzustocken, dies kann nur ein Minimalziel sein. Wir wollen einen schnelleren Wechsel zu erneuerbarer Energie. Wir wollen noch in diesem Jahrhundert die fossilen Energieträger vollständig ersetzen.

Die Vorteile von erneuerbaren Energieformen liegen für uns Juros dabei klar auf der Hand:

Viele Potenziale, die die erneuerbaren Energien bieten, sind noch kaum genutzt und erforscht. Insbesondere die Wirkungsgrade und Speichertechnik gilt es weiter zu verbessern. Vor allem die Gewinnung in Großanlagen steckt noch in den Kinderschuhen. Die Erneuerbaren Energien ermöglichen eine weitgehend dezentrale, lokale Energieproduktion. Viele kleine bis mittelgroße Energieerzeuger können ein dichtes nationales wie internationales Netz bilden. Dieses ist effizient, kostengünstig, bedarfsgerecht und sicher. Ergänzend sollten an ausgewählten Standorten in Europa, entsprechend den geographischen Gegebenheiten, EE-Großanlagen gebaut werden (Gezeitenkraftwerke und Off-Shore Windenergie in Atlantik, Nord- und Ostsee, sowie große Solarenergieanlagen in Südeuropa und Nordafrika) und mit einem europäischen Energienetz „Super-Grid“ verbunden werden. Diese EE-Großanlagen, die virtuell zusammen geschalteten, dezentralen EE-Anlagen und neue Speichertechnologien sind in der Lage eine saubere, sichere Energieversorgung zu jeder Zeit zu gewährleisten. Hierfür sind außerdem weitreichende Investitionen in die Energienetze zur Verbindung der Energieproduktionsstätten mit den industriellen Zentren notwendig.

Wir brauchen einen Mix aus allen Möglichkeiten der erneuerbaren Energie. Sonne, Wind, Wasser und Erdwärme sind unerschöpfliche Ressourcen. Im Gegensatz zu Kohle, Erdöl und Uran ist Wind kein endlicher Rohstoff und, da er von der Erde selbst „produziert“ wird, vollkommen umweltfreundlich. Ein großer Vorteil der Windenergie liegt darin, dass sie überall eingesetzt werden kann. Sachsen-Anhalt beispielsweise kann mittlerweile 39% des Strombedarfes mit Windkraft decken und das als Bundesland, das nicht an der Küste liegt.

Moderne Windkraftanlagen sind leistungsstark, leise und effizient. Im Energiemix der Zukunft spielen sie eine wichtige Rolle. Dabei gilt es regionale Potentiale sinnvoll zu nutzen, nicht überall wo Platz ist, ist auch ein Windrad sinnvoll. In vielen Regionen ist das Re-Powering das

Mittel der Wahl, um die Leistungsfähigkeit bestehender Anlagen zu vergrößern.

Auch auf Biomasse kann nicht verzichtet werden. Sie bietet gerade auf regionaler Ebene große Möglichkeiten, mit Biogasanlagen, gekoppelt mit Fernwärmenetzen, Energieautonomie zumindest teilweise herzustellen. Im Gegensatz zu anderen erneuerbaren Energieformen steht die Biomasse aber nicht unbegrenzt zur Verfügung. Ihre Nutzung zur Energiegewinnung begegnet zudem häufig ethischen Bedenken, wenn durch die massenhafte Vergasung oder Verheizung Nahrungsmittel verteuert werden oder in Entwicklungsländern Regenwälder zum Anbau von Hochenergiepflanzen abgeholzt werden. Biomasse der zweiten Generation, die in Bioreaktoren aus Haushaltsabfällen, Holzresten und Stroh erzeugt werden kann, stellt jedoch eine sinnvolle Ergänzung der Primärenergieerzeugung dar. Um in diesem Bereich eine transparente Herkunft der Biomasse zu garantieren, fordern wir einen Zertifizierungsprozess mit Gütesiegel. Bis ein solcher Prozess in Kraft getreten ist, muss ein Importmoratorium für Biomasse aus Entwicklungsländern mit Tropenwäldern verhängt werden.

Die Sonne stellt eine nach menschlichen Maßstäben unerschöpfliche Energiequelle dar. Solarenergie ist praktisch überall verfügbar, moderne Solarzellen erreichen auch bei bedecktem Himmel noch eine gute Leistung. Photovoltaikanlagen eignen sich besonders zur dezentralen Energieversorgung. Im Bereich der Solarenergie ist allerdings vor allem die Solarthermie in den letzten Jahren immer interessanter geworden. Parabolrinnenkraftwerke bieten hohe Leistungen und können durch Wärmespeicherung rund um die Uhr Strom erzeugen. Besonders im europäischen Verbund kann Solarthermie ein wichtiger Bestandteil des Energiemix werden. Das Deutsche Institut für Luft- und Raumfahrt (DLR) geht davon aus, dass in den Ländern des Mittelmeerraumes bis 2050 fossile Energien weitgehend durch erneuerbare Energien abgelöst sein werden, wobei die Solarthermie dort mehr als doppelt so viel Strom produzieren wird wie die anderen regenerativen Energieträger zusammen.

Neben dem klimarelevanten Effekt durch erneuerbare Energieformen bietet dieser Wechsel noch weitere Chancen. Ein Großteil dieser Energie wird dezentral gewonnen die sowohl Privaten als auch Kommunen die Möglichkeit bietet, sich von den Energiekonzernen unabhängig zu machen. Bei der Entwicklung der Sonnen- und Windenergiebranche wird nach wie vor durch hohe Wachstumsraten deutlich, welches große Arbeitsmarktpotential jetzt und zukünftig in ihnen steckt.

Der Wechsel zu regenerativen Energieträgern ist ein Prozess, der gestaltet werden muss. Für den Übergang ins solare Zeitalter sind fossile Energieträger deshalb unentbehrlich, um die Grundlastversorgung zu sichern. Um die Umweltbelastungen durch die Anlagen zu reduzieren müssen alle bestehenden und besonders die neuen Produktionsstätten konsequent auf

Effizienz und die Verringerung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes hin modernisiert bzw. geplant werden. Niedrig-Emissions-Kraftwerke, Kraft-Wärme-Kopplung/Fernwärme, optimierte Anlagentechnik und Blockheizkraftwerke sind Technologiebeispiele für eine effektivere Nutzung der fossilen Energieträger. Dezentrale Blockheizkraftwerke stehen direkt bei den Verbrauchern und ermöglichen einen wesentlich höheren Wirkungsgrad der Energienutzung als dies von Großkraftwerken erreicht wird. Die bei der Stromproduktion entstehende Wärmeenergie kann sofort in den angeschlossenen Wohneinheiten genutzt werden. Bei dezentralen BHKW ist ein größerer Energiemix möglich, als dies durch ein Großkraftwerk geschehen könnte.

Ein sofortiger Ausstieg aus der Stein- und der Braunkohle ist mit großen Risiken verbunden. Überließen wir speziell die Schächte der Steinkohle sich selbst, würden sie innerhalb kürzester Zeit verfallen, eine Wiederverfügbarmachung wäre derart kostenintensiv, dass eine Absage an die heimische Steinkohle endgültig wäre. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass im Jahr 2012 die sogenannte Optionsklausel bei der Förderung des Steinkohlebergbaus gezogen und der Förderzeitraum nicht verkürzt wird. Der Wechsel zu regenerativen Energieträgern ist ein Prozess, der Zeit braucht. Für den Übergang sind fossile Energieträger unentbehrlich, um die Energieversorgung zu sichern. Solange fossile Energieträger genutzt werden, müssen die Anlagen auch modernisiert und erneuert werden. Wo alte Anlagen ersetzt werden und Emissionen eingespart werden können, bleibt auch der Neubau moderner Kraftwerke in Verbindung mit Fernwärmenetzen sinnvoll. Dadurch können auch die Verbraucherpreise niedriger gehalten werden. Die Verbesserung der Wirkungsgrade und Kraft-Wärme-Kopplung bieten noch erhebliches Einsparpotenzial. Die Forschung in diesem Bereich lohnt sich, gerade auch um moderne Anlagen exportieren zu können.

Die vermeintlich viel versprechenden Lösungen zur CO<sub>2</sub>-Sequestrierung sehen wir kritisch, da diese Technologie wenig erforscht und ihre Umsetzung daher in naher Zukunft unrealistisch ist. Durch ausgedehnte CO<sub>2</sub>-Lagerstätten entstünde eine neue, potentiell verheerende Endlagersituation. Außerdem widerspricht sie dem Gedanken der Umgestaltung der Industriegesellschaft. Die Sequestrierung droht zum Vorwand zu werden, um in der Energiewirtschaft so weiterzumachen wie bisher. Denn: Durch die Sequestrierung - gelinge sie tatsächlich - wäre das langfristige Festhalten an fossilen Energieträgern die Folge. Auf Grund deren Endlichkeit und den daraus resultierenden Folgen lehnen wir dies ab.

Die Atomenergie ist für uns keine Alternative. Mit uns gibt es keinen Ausstieg aus dem Ausstieg. In der gegenwärtigen Debatte um Energiepreise erleben wir wiederum die volle Breitseite der Mythen der Atomlobby, Atomenergie sei billiger, sicher und unerschöpflich. Wir wissen, dass dies nicht stimmt. Die Atomindustrie ist massiv gefördert. Schon heute werden Atomkraftwerke immer wieder, teilweise auch monatelang vom Netz genommen. Auch in

deutschen Kraftwerken kommt es ständig zu Störfällen, bei denen größere Katastrophen mehr durch Zufall als durch Vorsichtsmaßnahmen verhindert worden. Nach wie vor gibt es weltweit keine dauerhafte Lösung für den Atommüll. Und natürlich ist Uran nicht unerschöpflich. Wir wollen den deutschen Ausstieg als Vorbild zu etablieren und andere davon zu überzeugen, die Atomreaktoren abzuschalten.

## **Rolle der Energieversorger**

Aktuell spüren die Menschen vor allem die steigenden Energiepreise. Eine Grundversorgung mit Strom und Wärme muss für jeden bezahlbar bleiben. Deshalb fordern wir neben der Preisregulierung die spekulationsbedingte Verteuerung durch Kontrolle und Regulierung der Strombörse zu beschränken.

Um zu hohen Energiepreisen entgegenzuwirken, muss das Monopol der vier großen Energiekonzerne gebrochen werden. Hierfür sind zwei Schritte notwendig. Zum einen muss die kommunale Autonomie gestärkt werden. Dafür muss es wieder mehr Möglichkeiten zur Re-Kommunalisierung und wirtschaftlicher Eigentätigkeit geben. Eine besondere Rolle muss hierbei den demokratisch kontrollierten Stadtwerken zukommen. Sie sind der Motor der dezentralen Energieversorgung und sollten gesetzlich entscheidend gestärkt werden. Versuche, die Gestaltungsfreiheit der Stadtwerke zu begrenzen, wie dies etwa in NRW mit der Änderung des § 107 der Gemeindeordnung geschehen ist, lehnen wir ab.

Stadtwerke produzieren Energie nah bei den Menschen, können sich den lokalen Gegebenheiten am besten anpassen und garantieren Preisstabilität und demokratische Kontrolle. Energieversorgung, wie auch die Abfallwirtschaft und der ÖPNV, gehören für uns zur öffentlichen Daseinsvorsorge und sollten jetzt wie zukünftig von den Kommunen bzw. den kommunalen Verbänden organisiert werden. Eine besondere Rolle kommt dabei dem ÖPNV zu, der eine umweltschonende Mobilität für alle garantiert. Dieses System sollte ausgebaut, gefördert und nicht privatisiert werden. Jede Privatisierung engt hier den Handlungsspielraum unnötig ein. Es gibt bereits erste Beispiele, wo kleinere Siedlungsgebiete aus eigener Kraft durch gezielte Investitionen in alternative Energien vom „Strom von außen“ unabhängig geworden sind. Perspektivisch könnten ein Teil der teuren Überlandleitungen mit hohen Kapazitäten überflüssig gemacht werden; die Störanfälligkeit der Energieversorgung würde gesenkt.

Als halb-öffentliche Alternative bietet sich eine Kooperation städtischer Betreiber mit Umweltverbänden an, wie das z.B. bei der Naturstrom AG, einer Ausgründung von Umweltverbänden in Kooperation mit den Stadtwerken Hannover, bereits geschehen ist.

Daneben beinhaltet unser energiepolitisches Leitbild die Selbstorganisation der Energieversorgung. Verbraucher schließen sich vermehrt zu Erzeugergemeinschaften zusammen, die als Verein oder auch als Genossenschaft organisiert sind. Hierbei wird der durch den Verkauf erzielte Gewinn teilweise sofort wieder in die Erzeugung grünen Stroms aus Biomasse, Wasser- und Windkraft, sowie Solarenergie investiert. Auch können zum Beispiel Photovoltaikanlagen von privaten Betreibergemeinschaften auf den Dächern städtischer Gebäude installiert werden. Auf diese Art und Weise werden öffentliche und private Bemühungen wirksam gekoppelt.

Wo es keine regionale Versorgung gibt, kann die Einrichtung und Förderung von Verbrauchsgemeinschaften eine Alternative bieten. Zum anderen müssen die Energienetze in staatliche Hand überführt werden.

Die oligopole Dominanz der vier großen Energiekonzerne E-On, RWE, Vattenfall und EnBW schadet sowohl der Energiesicherheit und dem Energiepreisniveau, als auch dem Klimaschutz. Notwendige Modernisierungsmaßnahmen im Stromnetz sind seit Jahren überfällig.

Die Trennung von Netz und Erzeugung bzw. Vertrieb ist zudem eine wesentliche Voraussetzung für einen verbesserten Netzzugang von neuen Anbietern und damit für mehr Wettbewerb im Strom- und Gasmarkt. Die bisher praktizierte Methode des „Unbundling“ bei Verzicht auf eigentumsrechtliche Trennung der beiden Sparten hat nicht zu den gewünschten Ergebnissen geführt. Zudem argumentieren die Netzbetreiber, die erzielbare Rendite im Netzgeschäft werde durch die Regulierungsbehörden zu niedrig angesetzt, so dass für entsprechende Investitionen kein externes Kapital zu beschaffen sei. Insofern kann nicht mehr davon ausgegangen werden, dass die Energieversorger ausreichend Mittel für die Netzsicherheit und deren Ausbau investieren. Langfristige und strategische Anleger auf privater Seite und auch die öffentliche Hand, kämen mit den zugelassenen Renditen dagegen sehr gut aus. Daher ist es auch aus Gründen der Versorgungssicherheit geboten, für eine eigentumsrechtliche Trennung der Sparten Netz und Erzeugung/Vertrieb zu sorgen.

Der derzeitige mehr als unzureichende Zustand muss durch die Neutralisierung der Stromnetze überwunden werden. Zu diesem Zweck sollten die deutschen Strom- und Gasnetze in öffentliche Hand überführt werden. Nur auf diesem Weg wird sichergestellt, dass alle Wettbewerber faire Zugangsmöglichkeiten zu den Energienetzen haben und ihre Produkte anbieten können.

Notwendig ist bereits jetzt die zügige Modernisierung und der Ausbau der Energienetze. Hierbei werden auch neue Leitungstrassen notwendig sein. In diesem Zusammenhang soll sie die Bedingungen für den Einsatz erneuerbarer Energien durch virtuelle Kraftwerksverbände

und dezentrale Energieversorgung verbessern und zugleich den Netzausbau auf das unbedingt Notwendige begrenzen.

## **Nachhaltige Mobilität**

Mobilität ist eine Grundvoraussetzung einer freien Gesellschaft, aber auch ein Hauptverursacher von Treibhausgasen. Um in diesem Bereich Klimaschutz voranzutreiben, gilt es Verkehr und Transport besser zu organisieren, Effizienzsteigerungen in der Antriebstechnik voranzutreiben und den ÖPNV auszubauen.

Die Bahn ist das klimafreundlichste Verkehrsmittel. Umso verheerender ist die Entscheidung der Bundesregierung, sie zu privatisieren. Nichtsdestotrotz muss es das Ziel bleiben, mehr Verkehr auf die Schiene zu bringen. Insbesondere der Transport von Waren kann über die Schiene noch massiv ausgebaut werden. Der Luftverkehr auf europäischer Ebene muss in den Emissionshandel miteinbezogen werden.

Der Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs ist eines der zentralen Elemente, um die Emissionen von der Straße zu reduzieren. Der ÖPNV soll dabei auf besonders umweltfreundliche Antriebstechniken setzen. Um dies zu gewährleisten, müssen weitere Privatisierungen in diesem Bereich auf jeden Fall verhindert werden. Egal wie groß die Verbesserungen im Bereich des ÖPNV auch sein werden, er wird den motorisierten Individualverkehr nicht ersetzen können, gerade in ländlichen Regionen.

Für viele ist das Auto wie kein anderes Produkt Sinnbild für individuelle Freiheit in unserer Gesellschaft und die Automobilproduktion einer der wichtigsten Wirtschaftszweige in Deutschland. Die deutschen Automobilhersteller haben in der Vergangenheit gezeigt, dass Emissionseinsparung bei ihren Entwicklungen kaum eine Rolle gespielt hat. Es gilt sie dazu zu verpflichten dies zukünftig zu ändern. Wie erfolgreich dies geschehen kann, hat die Geschichte des Katalysators gezeigt. Die geplante Festschreibung der Reduzierung des durchschnittlichen CO<sub>2</sub>-Emissionen neuer Pkw bis 2012 auf 120g/km ist hierfür der richtige Weg. Nach dem Jahr 2012 müssen diese Grenzwerte weiter gesenkt werden. Des Weiteren sprechen wir uns für eine Umstellung der Kfz-Steuer auf den CO<sub>2</sub>-Ausstoß aus.

Ziel muss sein, einen Individualverkehr sicherzustellen, der so schnell wie möglich vollständig auf elektrischen Antrieben aufbaut. Die in den letzten Jahren auf dem Markt angekommenen Hybridantriebe sind hierbei nur der erste Schritt. Auch Biokraftstoffe, so nachhaltig sie auch erzeugt sein mögen, sind allenfalls eine Brückentechnologie da diese weiterhin Abgase verursachen. Elektroautos, gespeist aus regenerativen Energien, und die entsprechende

Infrastruktur sind die Zukunft der individuellen Mobilität!

## **„Global Justice“ - den Rucksack packen**

Das wichtigste Zukunftsthema ist die gerechte Aufteilung der Ressourcen, allen voran Wasser. Wasser ist ein Grundrecht und jeder Mensch muss Zugang zum Wasser besitzen. Aufgrund der zunehmenden Verschwendung von Wasser fordern und fördern wir ein Maßnahmenpaket um unnötigen Wasserverbrauch einzudämmen. Der Verbrauch von Wasser muss auch an soziale Kriterien gekoppelt sein. Die massenhafte Verseuchung und Verschwendung von Grundwasser durch Industrie und Luxusobjekte (zum Beispiel Golfplätze) darf nicht einfach hingenommen werden, sondern muss mit hohen Sonderabgaben unattraktiv gemacht werden.